

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 597

Mittwoch, 16. Dezember 2015

22. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Jahresrückblick: Unerhörtes im Jahr 2015.....	1
Der Weg des Weihnachtsbaums von Europa nach Guatemala.....	2
Wie in der Politik ... Korruption im Fussballverband und der Rücktritt des Präsidenten.....	3
“Unserer Mutter Erde Leben einhauchen”.....	3
Extreme Armut stieg zwischen 2006 und 2014 von 15 % auf 23 % der Bevölkerung.....	4
Dritter Prozessauftakt gegen José Efraín Ríos Montt.....	4
Staatsanwaltschaft klagt formell Expräsident und Exvizepräsidentin an.....	5
Europäische Unterstützung der CICIG auch 2016.....	5
Biopsia / Dezember 2015: Konservative politische Agenda ab Januar.....	6

Jahresrückblick: Unerhörtes im Jahr 2015

In den letzten Jahren konnten wir an dieser Stelle zum Jahresausklang stets sehr Ähnliches schreiben. Vieles von dem, was hier damals stand, gilt auch dieses Jahr, aber dass erst Vizepräsidentin Baldetti und dann auch Präsident Pérez Molina aufgrund des Drucks der Demonstrationen, des Drucks der internationalen Gemeinschaft und des Drucks von Teilen der Eliten zurücktreten mussten und aktuell in Untersuchungshaft sitzen, ist dann doch ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Landes.

Die CICIG und die Staatsanwaltschaft (MP) zerschlugen gleich reihenweise korrupte Strukturen in oder nahe der staatlichen Administration: 'La Linea', in der die höchsten RepräsentantInnen des Staates, Perez Molina und Baldetti, mitmasslich involviert sind und bei der es um ein System von Steuervergünstigungen für Unternehmen gegen Schmiergeldzahlung innerhalb der Steuerverwaltung (SAT) ging und bei dem dem Staat Millionen Quetzales entgingen und in die Taschen der AdministratorInnen flossen. Insgesamt wurden 37 Personen aus dem Verwaltungsbereich verhaftet, gegen 17 weitere Ermittlungen eingeleitet. Auch 50 UnternehmerInnen stehen im Fadenkreuz der ErmittlerInnen, 20 von ihnen sind in Untersuchungshaft. Der 18. Januar 2016 wird ein entscheidendes Datum sein, bei dem entschieden wird, ob Anklage gegen einen Präsidenten und eine Vizepräsidentin und die anderen erhoben wird..

Es wurde ein Korruptionsskandal in der Sozial- und Krankenversicherung (IGSS) aufgedeckt, bei dem der Sohn der Präsidentin der Strafkammer, Blanca Stalling, und eine weitere Person dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Firma Pisa den Auftrag für eine Lieferung von bestimmten Medikamenten in Höhe von 112 Mio. Quetzales erhielt, obwohl diese nicht den Anforderungen für die PatientInnenversorgung nachkommen kann. In den Fall ist der ehemalige Präsident der IGSS, Juan de Dios Rodríguez, verwickelt. Auch er sitzt inzwischen in Untersuchungshaft. Eine weitere Richterin, Marta Sierra Stalling, hat mutmasslich von den Strippenziehern der 'Linie' Geld dafür erhalten, dass sie diese aus der Untersuchungshaft freilasse. Zwei weitere RichterInnen sehen sich Verfahren gegenüber.

Ein weiterer Korruptionsfall im Zusammenhang mit Verträgen der IGSS betrifft den Kongressabgeordneten Baudilio Hichos. Gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren, das aber noch durch die Widersprüche gegen eine Aufhebung der Immunität verzögert wird. Weitere Ermittlungsverfahren gibt es gegen vier LIDER-Abgeordnete, meist wegen des Einfä-

delns von staatlichen Aufträgen für eigene Unternehmen. Ein weiterer illustrer Fall, der aufgedeckt wurde, betrifft Pedro Muadi, der als ehemaliger Parlamentspräsident auf Kongresskosten 25 Mitarbeiter seiner eigenen Sicherheitsfirma 'arbeiten' liess. Weiterhin sitzen wegen Vetternwirtschaft ein ehemaliger Generalsekretär des Präsidentialamtes, ein ehemaliger Vizeminister für Energie und Bergbau sowie der ehemalige Abteilungsleiter der SAT in Untersuchungshaft.

Angesichts dieser Verhältnisse können zwei Schlussfolgerungen gezogen werden:

1. Es wundert einen nicht, dass der Staat fast pleite ist: einerseits fehlen die Steuerannahmen angesichts einer Steuer'last' von Unternehmen und Reichen von 7-10 %, andererseits wandern viele Millionen Quetzales Staatsausgaben in die Taschen von Unternehmen und PolitikerInnen, die vor allem UnternehmerInnen sind.
2. CICIG und – mit der entsprechenden Rückenstärkung – auch die MP leisteten hervorragende Arbeit gegen die Straffreiheit. Die Zerschlagung der illegalen Strukturen innerhalb staatlicher Stellen und die Inhaftierung hochrangiger PolitikerInnen oder gar amtierender (Vize-)PräsidentInnen wäre vor Jahren undenkbar gewesen. Dass die internationale Staatengemeinschaft, die UN und sogar die US-Botschaft die Bekämpfung von Korruption und Straffreiheit ernst nehmen und auch Geld in die Hand nehmen, um die Justiz zu stärken (*s. Nachricht weiter unten*), ist neben den Demonstrationen der BürgerInnen, eine der Hauptgründe für diese Erfolge.

Allerdings haben die beeindruckenden Demonstrationen vom Frühjahr die Wahlen im Herbst nur teilweise beeinflusst: der politisch unerfahrene, rechtsgerichtete, aber von jeglichen Korruptionsvorwürfen freie Comedien Jimmy Morales setzte sich gegen die FavoritInnen Manuel Baldizón und Sandra Torres durch. Während der erste quasi ein Synonym für korrupte Strukturen ist, war Torres zwar aufgrund ihrer Sozialprogramme beliebt, aber auch sie bandelte, wenn es für ihr Machtstreben gut war, auch mal mit Korrupten oder gar mutmasslichen Drogenhändlern an. Die Präsidentschaftswahl war damit zwar wahrscheinlich keine Wahl für demokratische und soziale Reformen, aber zumindest eine symbolische Wahl gegen Korruption. Die Kongresswahlen hingegen können nicht als ein Denkmittel für die Korrupten interpretiert werden: im Gegenteil wurden vielfach die alten Strippenzieher des politischen Weiter-so-wie-bisher in den Kongress gewählt. Die Linke hat von dem politischen Aufruhr des Jahres nicht profitiert, auch die indigene Bewegung *Convergencia* nicht.

Mitte Januar, eine Woche nach dem Erscheinen des ersten **¡Fijáte!** des neuen Jahres am 6. Januar 2016, wird also Jimmy Morales sein Amt als Präsident antreten. Es hängt viel von seinen BeraterInnen ab, wie er regieren wird, aber Revolutionäres wird man von ihm nicht erwarten können. Eher das Gegenteil. Spannend wird das nächste Jahr in jedem Fall. Die Redaktion freut sich drauf und wünscht allen entspannte Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins Jahr 2016!

Es ist Weihnachtszeit, verzeiht uns also diesen kleinen Ausflug in die Volkskunde ...

Der Weg des Weihnachtsbaums von Europa nach Guatemala

Für viele Menschen ist der Weihnachtsbaum ein Symbol für Botschaften des Friedens und der Liebe, die die Geburt Jesu hervorgerufen hat. Allerdings ist der Ritus vorchristlichen Ursprungs. Über ihn gibt es sehr viele verschiedene Geschichten in Europa. (..) Schließlich kam dieser europäische Brauch nach Guatemala und verbreitete sich auch dort.

„Der Weihnachtsbaum war verbunden mit dem Protestantismus und gelangte im 19. Jahrhundert nach Guatemala, als nach der Liberalen Revolution die ersten protestantischen Missionare kamen“, sagte der Stadtchronist Miguel Álvarez Arévalo. Konkret waren es die deutschen SiedlerInnen im Norden Guatemalas, die als Teil ihrer Kultur solche Bäume mitbrachten, sagt Celso Lara, Direktor des Zentrums für Volksstudien der Universität San Carlos. Anfangs verbreitete sich der Brauch allerdings eher langsam, so dass es bis in die erste Dekade des 20. Jahrhunderts dauerte, bis der Weihnachtsbaum wirklich verwendet wurde. Ein Foto, das kurz vor dem Erdbeben von 1917 in der Hauptstadt aufgenommen wurde, zeigt den Verkauf von Weihnachtsbäumen vor der Kathedrale. Diese Bäume waren Sträucher, die silbern gefärbt waren und mit Baumwolle geschmückt wurden, die den Schnee symbolisieren sollten, aber auch das Engelshaar. Kurze Zeit später begann der Gebrauch von Tannen.

Der Siegeszug

Lara erklärt, dass später in den 1940er Jahren mit der Entwicklung des Kapitalismus und dem Knall des Zweiten Weltkrieges in der Mittelschicht wie auch im Volk die Tradition des Weihnachtsbaums populär wurde. Während des Krieges wurden US-Militärbasen aufgebaut, deren Soldaten und Offiziere den Brauch weiter verbreiteten, etwa durch die Weihnachtsfeiern im Club Americano. Die Deutschen taten Gleiches im Deutschen Klub. Die wohlhabenden Familien kopierten in jener Zeit diese Bräuche in den guatemalteckischen Clubs und bei sich zu Hause. Die Nachfrage zog weiter an bis zum Jahrhundertwechsel. Die Plünderung der Wälder bedrohte den Bestand der guatemalteckischen Tannen, welche doch aufgrund ihres Aromas so geschätzt waren. Von Seiten der Umweltbehörden wurde der kommerzielle Handel mit Tannen streng kontrolliert, aber ein Schwarzmarkt existiert fortwährend.

Synkretismus

In Guatemala ist der Weihnachtsbaum Ausdruck einer synkretistischen Kultur, denn die protestantische Tradition wurde von den Katholiken übernommen, sodass die Weihnachtskrippe am Fusse des Tannenbaums aufgebaut wurde. Während der 1970er Jahre ersetzte der Weihnachtsbaum jedoch die Krippe, die schon zum Verschwinden verurteilt zu sein schien. In den letzten Jahren gibt es gleichwohl eine Renaissance der Krippen. Laut dem Priester Juan Carlos Córdova habe der Weihnachtsbaum keine religiöse Bedeutung. In seinem Haus einen Baum aufzustellen, bezeugt weder dass man religiös ist, noch dass man es nicht ist. Die Leute ziehen den Baum vor, weil er bequemer ist als eine Krippe“, sagt Córdova. Auch Lara hält den Baum für ein profanes Gebet, das die Geburt der Sonne in den alten Kulturen repräsentiert, während die Krippe das Heilige im Christentum symbolisiert. Sowohl die Krippe als auch der Baum seien Quellen der Freude in den Wohnungen der Leute, gerade in den depressiven Momenten der heutigen Zeit, sagt Lara. Beides zu verneinen, heisse Fortschritt und Entwicklung zu verneinen. (PL)

... *bevor wir uns wieder den politischen Nachrichten widmen (d.Red.).*

Wie in der Politik ... Korruption im Fussballverband und der Rücktritt des Präsidenten

Guatemala, 10. Dez. Der Weltfussballverband FIFA offenbart seinen korrupten Charakter in unzähligen Fällen. Einer dieser Fälle betrifft auch Guatemala, spielt aber vorrangig in den USA.

Der Generalsekretär des Guatemalteckischen Fussballverbandes (FEDEFUT), Héctor Trujillo, im Hauptberuf stellvertretender Richter am Verfassungsgericht Guatemalas (CC), wurde am Freitag (4.12.) in den USA verhaftet, nachdem ihn die FIFA mit einem Korruptionsfall als Mittäter benannt hatte. Trujillo befand sich auf einem Familienbesuch in Port Cañaverl im Bundesstaat Florida. Ihm wird vorgeworfen, Teil eines Bestechungsringes im Zusammenhang mit der Wahl der Ausrichter der WM 2016 (Russland) und 2022 (Katar) zu sein. Der US-Botschafter in Guatemala, Todd Robinson, informierte die vorsitzende Richterin des CC, Gloria Porras, über die Festnahme, worauf Porras ihn darauf hinwies, dass Trujillo zwar ein Widerspruchsrecht in seinem Land habe, aber nicht für Delikte, die in einem fremden Land begangen werden. Trujillo ist der erste hohe Fussballfunktionär des Landes, der wegen des Korruptionsskandals innerhalb der FIFA verhaftet worden ist. In diesen Fall seien 15 weitere Personen verwickelt, erklärte das US-Justizministerium am 3. Dezember. Der Präsident der FEDEFUT, Brayan Jiménez, und der guatemalteckische Vertreter im Exekutivkomitee der FIFA wurden ebenfalls beschuldigt. Nach einer Erklärung des guatemalteckischen Aussenministeriums erhielt das Ministerium eine Eingabe der US-Botschaft, dass Jiménez vorübergehend festgenommen werden solle. Dieses Ansinnen wurde an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Allerdings ist dem Aussenministerium bis jetzt kein Auslieferungsantrag bekannt, wobei sie gleichwohl sagte, dass solche Informationen auch nicht öffentlich gemacht werden dürften, um die Ermittlungen nicht zu stören.

Den Teufel mit dem Beelzebub ...?

Brayan Jiménez musste nach diesen Anschuldigungen zurücktreten. Ein Interimspräsident musste rasch gefunden werden – und die Wahl fiel auf einen Mann mit illustrem Namen: Milton Mendoza Matta. Das Forschungsinstitut über organisiertes Verbrechen InSight Crime (**¡Fijáte!** *hat schon öfter über dessen Erkenntnisse berichtet, d.Red.*) wirft ihm vor, Kontakte zum Drogenhandel zu haben. Vor allem deshalb, weil MP und CICIG seinem Bruder Haroldo Mendoza Matta vorwerfen, Kopf eines Drogenkartells im Departement Petén zu sein, weshalb er im November 2014 verhaftet worden ist und wegen organisierter Bandentätigkeit, Mord, schwerem Hausfriedensbruch, schwerem Raub und Entführung vor Gericht gestellt werden wird. Der Aufstieg Miltons in der guatemalteckischen Fussballwelt trotz seiner Herkunft aus einer Drogenhändlerfamilie sei ein Beispiel für die engen Beziehungen zwischen den Mächtigen und der organisierten Kriminalität im nördlichen Dreieck in Zentralamerika, sagt InSight Crime. Für Drogenhändler sei der Besitz eines Fussballvereins eine Möglichkeit des Geldwaschens. Dadurch dass sie lokale Hilfsstrukturen aufbauen und Beziehungen etablieren und ausweiten, sichern sie sich vor rechtlichen Prüfungen ab. 2011 hat der damalige Bürgermeister von San José, Departement Petén, Julián Tesucún, 2 Mio. Dollar in den Bau eines Stadions für den Fussballverein von Mendoza investiert; als Gegenleistung habe Mendoza - so recherchierte Plaza Pública - seinen finanziellen Beitrag zu der Wahlkampagne von Tesucún geleistet, die ihn schliesslich zum Kongressabgeordneten machte. InSight Crime findet die Ernennung von Milton Mendoza Matta zum Präsidenten der FEDEFUT angesichts der vielen Ermittlungen wegen Korruption im Fussball ziemlich bizarr.

“Unserer Mutter Erde Leben einhauchen”

Guatemala, 9. Dez. Das Umweltkollektiv MadreSelva veröffentlichte die Studie „Unserer Mutter Erde Leben einhauchen“, indem Erfahrungen, Erinnerungen und Reflexionen von Frauen aufgeschrieben wurden, die bei der Verteidigung von Gemeinden wie La Puya, Guatemala und San Rafael Los Flores, Santa Rosa eine grosse Rolle spielten. Die Publi-

kation wurde am Morgen des 9. Dezember auf dem Forum „Die Bergbauindustrie aus der Perspektive der Frauen“ in Guatemala-Stadt vorgestellt. Cecilia González von MadreSelva unterstrich die Bedeutung der Frauen im Widerstand; Frauen seien eine Stütze für die Wertschätzung der Menschen- und Gemeinderechte gegenüber den Bergbauunternehmen, die ihre Minen aufbauen, ohne die BewohnerInnen zu befragen. Der Text geht vertiefend darauf ein, dass die Repräsentantinnen von La Puya und San Rafael Las Flores einen Prozess der Verbreitung von Informationen und der friedlichen Organisation eingeleitet haben. Dabei haben sie ihre Sorgen in kreativen Widerstandsformen ausgedrückt, etwa kulturelle Aktivitäten, Foren, Demonstrationen, Pflanzungen am Eingang der Mine und Protestmärsche mit Blumen.

Auf dem Forum wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, den Schutz dieser Frauen zu gewährleisten, da diese häufig aufgrund ihres Engagements der Gewalt ausgesetzt seien. Gefordert wurden Aktivitäten, um die sexuelle, soziale und politische Gewalt zu mindern. Die neue Regierung wurde aufgefordert, eine nachhaltige Entwicklung der Regionen einzuleiten, bei der die Gemeinden an den Projekten mitwirken könnten – sofern diese sich positiv auf die Natur und das Leben der Frauen auswirkten. Die Regierung müsse den Schutz der VerteidigerInnen der Menschenrechte garantieren, z.B. durch Schutzpräsenz und Begleitung der (bedrohten) Frauen, durch die Stärkung der Gleichberechtigung der Geschlechter und durch die Förderung der Rechte des Völker und der Natur.

Zugleich müsse klar Stellung gegen die Verletzungen der Gemeinderechte und Rechte der Völker bezogen werden, die von den transnationalen Konzernen begangen werden, und deren Projekte müssten in deren eigenen Ländern hinterfragt werden, um zukünftige Konflikte zu verhindern. Die Gemeinden müssten einen Zugang erhalten zu Informationen, damit emanzipatorische Kommunikationsformen entwickelt werden könnten, die ein Nachdenken, Entscheidungen und Aktionen ermöglichen. (Cerigua)

Extreme Armut stieg zwischen 2006 und 2014 von 15 % auf 23 % der Bevölkerung

Guatemala, 10. Dez. Der *Bericht über die Nationalen Lebensbedingungen 2014*, den das Nationale Statistische Amt am Tag der Menschenrechte vorstellte, stellte einen Anstieg der Bevölkerungszahl, die in Armut oder extremer Armut leben müssen, von 51,2 % (2006) auf 59,3%, d.h. 9,37 Mio. BürgerInnen (2014) fest. Diese Erhöhung ist vollständig auf den Anstieg der Bevölkerungsgruppe, die in extremer Armut leben müsse, zurückzuführen, denn dieser erhöhte sich von 15 % auf 23,4 % (= 3,69 Mio. BürgerInnen). Fast 70 % der Minderjährigen leben in Armut.

Armut wird in dem Bericht definiert, als genug Geld zu haben, um einen Mindeststandard an lebensnotwendigen Gütern zu erhalten, allerdings nicht genügend Geld zu haben, um zusätzliche Güter und Dienstleistungen erhalten zu können, wie ausreichend Wohnraum, Ausgaben für Bildung und Gesundheit, Transportmittel und Kommunikationsmittel oder auch Kleidung und Schuhe. 2006 lag die Definition der Armutsgrenze pro Person und Jahr bei 4.319 Quetzales, 2014 bei 10.218 Quetzales pro Jahr, ein Anstieg von 137%.

Bei der indigenen Bevölkerung lag der Anteil der Armen bei 79,2 %, während er bei den nicht-indigenen bei 46,6 % lag. Der Anstieg der extremen Armut war in beiden Bevölkerungsgruppen vorhanden, war bei der indigenen Bevölkerung jedoch höher (plus 4,6 % gegenüber plus 1,9 % in der nicht-indigenen Bevölkerung).

Die Departements mit den meisten Armen sind Alta Verapaz (83,1 %), Sololá (80,9%) und Totonicapán (77,5 %), die mit der niedrigsten Armutsrate Guatemala (33,3 %), Sacatepéquez (41,1 %) und Escuintla (52,9 %).

Kritik an Sozialprogrammen

Alejandra Contreras, Expertin des Zentralamerikanischen Instituts für Fiskalstudien (ICEFI), sagte, dass die Resultate des Berichts über die nationalen Lebensbedingungen nur bedingt vergleichbar seien mit denen von 2011, weil eine andere Methodik angewandt worden sei. Gleichwohl sei es offensichtlich, dass die Sozialpolitik der vergangenen zwei Regierungen, die zur Reduzierung der Ungleichheit beitragen sollte, nicht die von der Bevölkerung erwartete Wirkung gehabt habe. Der Politologe Renzo Rosal erklärte, dass die Sozialprogramme die Flugschiffe der letzten beiden Regierungen gewesen seien, aber sie hätten zu nichts geführt, da sie sich mit der Zeit in klientelistische und politische Projekte verwandelt hätten, bei denen öffentliche Gelder „mit vollen Händen“ ausgegeben worden seien. (Cerigua)

Dritter Prozessauftritt gegen José Efraín Ríos Montt

Guatemala, 09. Dez. Es wird nun das dritte Mal sein, dass man versucht, Ríos Montt den Prozess zu machen. Zum ersten Mal geschah dies im Frühling 2013. Damals sagten mehr als 100 ZeugInnen aus, wie Soldaten ihre Häuser verbrannten, Massenvergewaltigungen begingen, hunderte von Kindern, Frauen und Männern töteten, die sie als Guerilleros beschuldigten. Nach fast dreieinhalb Monaten Anhörungen wurde Ríos Montt am 10. Mai 2013 schuldig gesprochen und zu 80 Jahren Haft verurteilt, während sein Mitangeklagter Rodríguez Sánchez freigesprochen wurde. Das Verfassungsgericht annullierte die Entscheidung 10 Tage später und ordnete einen neuen Prozess wegen Verfahrensfehlern an. Da das gleiche Gericht den Prozess nicht weiterführen konnte, wurde er dem Gericht B übergeben, der den Termin auf

den 5. Januar 2015 ansetzte. Ríos Montt erschien aufgrund von Gesundheitsproblemen nicht und der Prozess wurde erneut verzögert. Es wurden medizinische Untersuchungen, physische und psychologische, angeordnet, in denen Montts Unfähigkeit einen normalen Prozess zu überstehen, bestätigt wurde, weshalb nun ein spezieller Prozess angeordnet geführt wird.

Nachdem das Verfassungsgericht einen Einspruch der Verteidigung gegen ein erneutes Verfahren gegen den Ex-Staatschef de facto (1982-83) zurückwies, wurde der 11. Januar 2016 als Termin für einen speziellen Prozess gegen Ríos Montt festgesetzt. Die Verteidigung beklagte im Gegenzug, dass nicht nur die Staatsanwaltschaft und die Opfer gegen den Entscheid über die mentale Unfähigkeit protestierten, sondern dass nun das Verfassungsgericht dies mit der Bestätigung eines neuen Prozesses ebenfalls negiere.

Gemeinsam mit Ríos Montt wird auch José Mauricio Rodríguez Sánchez vor Gericht stehen. Der spezielle Prozess wird hinter verschlossenen Türen stattfinden, mit den Opfern, aber ohne Presse. Ríos Montt wird aufgrund seines Gesundheitszustands nicht anwesend sein, seine Anwälte Jaime Hernández und Luis Rosales Marroquín werden ihn repräsentieren. Die beiden pensionierten Militärs werden des Völkermords und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit angeklagt, da 1.771 Maya-Ixiles zwischen dem 23. März 1982 und dem 8. August 1983 durch die Hände der guatemaltekischen Armee starben, während der faktischen Regierungszeit von Montt. (EP)

Staatsanwaltschaft klagt formell Expräsident und Exvizepräsidentin an

Guatemala, 10. Dez. Staatsanwalt Juan Francisco Sandoval reichte offiziell Anklage gegen den zurückgetretenen Präsidenten Otto Pérez Molina ein – und zwar wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Zollbetrugs und passiver Bestechung. In der Anklageschrift sind 220 Beweisstücke enthalten, die laut Staatsanwaltschaft (MP) beweisen, dass der Expräsident an dem Netzwerk 'La Línea' beteiligt war. Diese beruhen unter anderem auf der Analyse von 100.000 aufgezeichneten Telefongesprächen und 5.000 Emails. Seit dem 8. September diesen Jahres sitzt Pérez Molina in Untersuchungshaft. Am 1. September wurde ihm vom Kongress die Immunität entzogen, ein Tag später trat er zurück. Im Januar 2016 wird entschieden werden, ob ein Prozess gegen Molina eröffnet wird.

Anfang Dezember war bereits formell Anklage gegen Roxana Baldetti durch die Staatsanwaltschaft eingereicht worden, mit den gleichen Anklagepunkten. Als Beweismittel wurden neben Aufzeichnungen von Kommunikationen die Register über 5000 Containern, die von 'La Linie' abgefangen wurden, vorgelegt. Baldetti und Molina sind die mutmasslichen Anführer der kriminellen Struktur. Baldetti befindet sich seit dem 6. November im Krankenhaus, da sie eine bakterielle Infektion erlitt. Aus diesem Grund sitzt sie aktuell nicht in Untersuchungshaft. Manche befürchten ihre Flucht aus dem Krankenhaus, da sie gute Beziehungen zu dem Besitzer des Privatkrankenhauses habe. (EP)

Europäische Unterstützung der CICIG auch 2016

Guatemala, 01. Dez. Sowohl Deutschland als auch die Niederlande werden die Arbeit der Internationale Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG) weiterhin finanziell und politisch unterstützen. Sowohl der deutsche Botschafter Matthias Sonn als auch die niederländische Repräsentantin Reina Buijs und die für Guatemala zuständige Botschafterin in Costa Rica, Mette Gronggrijp, gaben dies auf Pressekonferenzen mit der örtliche Koordinatorin der Vereinten Nationen in Guatemala, Valerie Julliard, und dem CICIG-Leiter Iván Velásquez kürzlich bekannt.

Botschafter Sonn sagte, dass er sich freue, der CICIG 1,5 Millionen Euro übergeben zu dürfen, denn diese „hat einen weitreichenden Einfluss auf Themen, die uns als Verbündete und Unterstützer Guatemalas interessieren. Unsere internationale Zusammenarbeit mit Guatemala hat verschiedene Schwerpunkte, aber der zentrale ist der Bereich der Justiz.“ Er fügte hinzu, dass es ohne Bekämpfung der Korruption auch keine Nachhaltigkeit in anderen Bereichen geben könne, die die deutsche Regierung unterstützt. Von daher sei die Unterstützung der CICIG auf politischer und finanzieller Ebene wichtig. Mit Geldern des Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ) leistet die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) eine finanzielle Unterstützung von 1,26 Millionen Euro, um eine neue Ermittlungseinheit über Korruptionsfälle in der Verwaltung und Justiz, Steuerhinterzug und Schmuggel einzurichten. Weitere 240.000 Euro gehen in die technische Unterstützung.

Für Iván Velásquez Gómez sei die Unterstützung von Ländern wie Deutschland und den Niederlanden sehr wichtig, damit die CICIG weiterhin für den Kampf gegen die Korruption eintreten könne. Ähnlich äusserte sich Vallerie Julliard.

Die Niederlande geben der CICIG eine erneute Unterstützung von rund 600.000 Euro und begründen dies mit der „Bedeutung der Arbeit der CICIG und ihrer wichtigen Rolle in den letzten Monaten im Kampf gegen die Korruption“, so Buijs. Sie hob hervor, dass die Errungenschaften der CICIG den Erwartungen der BürgerInnen entsprächen, aber dass noch viel Arbeit zu tun sei. Insgesamt haben die Niederlande die CICIG mit ca. 10 Millionen Euro unterstützt. (CICIG, Cerigua)

Konservative politische Agenda ab Januar

Als Jimmy Morales als Gewinner der Wahlen hervorging, lautete ein sehr zutreffender Kommentar in den sozialen Netzwerken: „alle vier Jahre geht Guatemala 20 zurück“. Dieser Rückschritt ist fühlbar, die Eliten und die Militärs der konservativsten Richtungen kamen in der Figur eines Schauspielers zurück an die Macht. Ein komisches Übel, dem die Militärs ein Drittel seiner Wahlkampagne finanzierten.

In der Debatte vor der Verabschiedung des Haushaltes und der Einnahmen und Ausgaben 2016 ging es hauptsächlich darum, ob Morales wirklich etwas von Steuerpolitik (oder Politik überhaupt) verstünde, denn es war offensichtlich, dass seine Wahlversprechungen wirtschaftlich nicht machbar sind. Ausserdem ist sein Regierungsplan unglaublich: voller Fantasien und leerer Reden, wie seine Witze.

Morales und sein gewählter Vizepräsident Jafeth Cabrera Franco zielen darauf ab, das Budget zu kürzen und es auf eine Zahl anzusetzen, die unter dem Betrag dessen liegt, was der Kongress Ende November absegnet hatte: 70 Milliarden Quetzales (ca. 8 Milliarden Euro). Die sinnlose Kürzung ist nur eine Facette der infantilen und oberflächlichen Lösungen, die sie anbieten, um sich mit Gott und Teufel gut zu stellen. Aus diesem Budget sind mehr als 2 Milliarden Quetzales für das Verteidigungsministerium bestimmt und mehr als 4 Milliarden für das Innenministerium, zwei der höchsten Beträge. Die beiden Ministerien mit einem noch höheren Budget sind das Bildungsministerium mit 12 Milliarden und das Gesundheitsministerium mit 5 Milliarden Quetzales, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass ein Teil der Beträge umverteilt wird, um die schwarzen Löcher der Staatsverwaltung zu stopfen, die nicht in die Budgetberechnung mit eingeflossen sind. Löcher aufgrund von Schulden, Verwaltungskosten oder Abkommen unterschiedlichster Art. Es ist schon eine Tradition, dass Gesundheit und Bildung soweit ausgeschlachtet werden, bis sie sich in dem aktuellen Zustand befinden: eine Krise der Krankenhäuser im ganzen Land aufgrund fehlender Medikamente. Und öffentliche Bildungsausgaben von gerade mal 5,7 Quetzales (0,69 Euro) pro Tag und Kind (circa 20 Euro pro Monat).

Die politische Krise, die durch die Dreistigkeit von Otto Pérez Molina und Roxana Baldetti (heute VIP-Insassen in ihren Luxusgefängnissen) ausgelöst wurde, wird sich im Januar verschlimmern. Viele sagen bereits jetzt, dass Jimmy Morales seine Amtszeit nicht beenden werde, etwas dass sich aufgrund seiner öffentlichen Präsentationen und Kommentaren vorhersagen lässt, denn sie beweisen eine übertriebene Ignoranz gegenüber dem Land und der Notstände, die es zu bekämpfen gilt.

Andererseits kooptiert die Struktur der Rechten, die Morales an die Macht brachte, die Regierung. Der Kolumnist Samuel Pérez Attias beschreibt sie als „konservative Ultrarechte, die sich auch als anarchistisch, antiterroristisch, kapitalistisch und christlich verkleidet“. Die Ultrarechte schliesst die Reihen und kauft das schon korrupte System auf, was vor allem die Menschenrechte einschränken wird. Es werden mehr Privilegien geschaffen, um Investitionen aus US-amerikanischen Kapital zu akzeptieren - für Bergbauindustrieprojekte, Staudämme, Ölpalmonokulturen, Textilfabriken und anderes. Sie werden sich, wie immer, einer Steuererhöhung entgegenstellen, mit der Entschuldigung, die ausländischen Investitionen nicht zu verschrecken, und sie werden noch mehr unternehmerische Aktivitäten legitimieren, die den ArbeitnehmerInnen ihre Rechte nehmen.

Dies hat schon mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung angefangen, das von den traditionellen Kommunikationsmedien monopolisiert wird. Sie streichen KolumnistInnen aus ihren Seiten, die eine Meinung und progressive Vision vertreten; sie nehmen strukturelle Veränderungen an anderen Medien vor, auch an den digitalen, die im Kommen sind; indem MitarbeiterInnen weniger gezahlt und ein maximales Alter von 35 Jahren vorgeschrieben wird. Das bedeutet, dass die Medien, statt eine öffentliche Meinung zu bilden, sie gemäss unserer militaristischen Kultur uniformieren.

Die Manipulation von Informationen war schon in der Vergangenheit eine Kriegstaktik und es hat sich nichts geändert, wie die Politikforscherin Anna María Penu sagt: „Man kann nur bestätigen, dass die öffentliche Meinung nichts weiter ist als eine Widerspiegelung der Meinung, die die Medien verbreiten. Obwohl wir WählerInnen haben, die interessiert und gebildet sind und Debatten ausserhalb des Parlaments und der Parteien führen, wo das Volk seine Meinung frei äussern kann, so ist diese Meinung doch vollkommen von dem geprägt, was man in den Medien gesehen und gehört hat.“

Die Ultrarechte hilft also nicht dabei, die notwendigen Veränderungen vorzunehmen. Genau genommen verweigert sie jegliche Änderung, die ihr die saftigen Gewinne auf Kosten eines ganzen Landes nehmen könnte.

¡Fijáte!**<http://fijate.guatemala.de>**

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:Wiebke Schramm – wibsca@gmail.comStephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6